

A vibrant graffiti of a blue and red bird in flight against a blue brick wall. The bird is painted in shades of blue and red, with black outlines. It is shown in a dynamic, flying pose, with its wings spread wide and its tail feathers curled. The background is a blue brick wall, and the overall style is bold and expressive.

also 153



Oktober 2019

GEW Wuppertal

Extraseiten

GEW Solingen

GEW Kreis Mettmann

Impressum:

also 153
Oktober 2019

GEW
Stadtverband
Wuppertal

Paradestr. 21
42107 Wuppertal

Tel. 0202 - 440261
Fax 0202 - 455050

gew.wuppertal@t-online.de
www.gew-wuppertal.de

Bürozeiten:
Mo-Do 13 -17 Uhr

v.i.S.d.P.:
Helga Krüger

Redaktion
und Layout:

Susanne Adlung
Kerstin Beulke
Helga Krüger
Ulla Weinert

Druck:
Druckerei Schöpp

Der Bezugspreis
ist im
Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Extraseiten von
GEW Solingen
GEW Mettmann

Fotos: Pixabay,
GEW Wuppertal
GEW Solingen

Inhalt:

Demo-Aktion für JA13	04
Neues Schuljahr- alte Probleme	06
Studienplätze Grundschule Bergische Uni	09
Neue Lehrer*innen zum Minustarif	10
Dankesbrief an die Ministerin	12
Noch mehr Post... Finger weg von meiner Teilzeit	14
Fehlstart einer Grundschule	15
Ein besonderes Erlebnis: Schwimmunterricht in W'tal	19
Arbeitsplatz einer Sonderpädagogin	20
Schulbus gestrichen	21
Abschulung nach unten	22
Kein E-Scooter für Oberammergau	22
Vergessene Geschichte: Berufsverbote	24
Antikriegstag notwendiger denn je	25
GEW am Langen Tisch	30
Wissenschaftlicher Nachwuchs	31
Geburtstage	34
Sachschaden im Dienst	36
Lehrerrat: Rücktritt nun möglich	37
Zusätzliche Schulbuchkosten müssen ersetzt werden	39
Ausblicke auf Interessantes	40
GEW Solingen	
Wir stehen hinter Euch	42
Seniors for Future too	43
Geburtstage GEW Solingen	44
Schulentwicklungsplan	46
Vorstand und Service	47
GEW Mettmann	
Versorgungsauskunft	49
Herzlichen Glückwunsch, Georg	50
Einladung der Jubilar*innen	52
Geburtstage Mettmann	54
Vorstand und Kontakte	56
Personalräte Wuppertal	58
Vorstand GEW Wuppertal	59

Wir waren dabei!





Der Zug für faire Besoldung rollt

Die Landesregierung zielt sich weiterhin, Lehrkräfte in NRW endlich fair zu bezahlen. Das große Versprechen von Schulministerin Yvonne Gebauer, Lehrer*innen zum Einstieg A13/EG13 zu zahlen, ist bisher nur heiße Luft.

Das muss sich ändern – und der Druck wächst:
Andere Länder gehen längst mit gutem Beispiel voran.

Lehrkräfte der Grundschule und der Sekundarstufe I:

Berlin	A 13 / EG 13
Brandenburg	A 13 / EG 13
Bremen	A 13 / EG 13
Mecklenburg-Vorpommern	A 13 / EG 13
Sachsen	A 13 / EG 13
Schleswig-Holstein	A 13 / EG 13

Wo bleibt NRW?



NRW bitte einsteigen!

GEW Demo-Aktion für JA13

26. November 2019 - 15.30 Uhr

vor dem Landtag in Düsseldorf

Gemeinsame Anreise: mit der S-Bahn:

14.34h Barmen - Uhr HBF Elberfeld - 14.39h - Vohwinkel 14.59h

Die GEW zahlt die Fahrkarten für ihre Mitglieder.

GEW Foto-Aktion für JA13

Kreativ werden für JA13 - Einfach ein Foto – gerne auch mit dem ganzen Kollegium – zum Aktionsthema „Zugfahren“ knipsen

Hier einsenden: gew.wuppertal@t-online.de

Die Motive, die in unserem Facebook-Fotoalbum die meisten Gefällt-Mir-Klicks bekommen, werden prämiert. Es lohnt sich! Der erste Preis ist ein Ausflug ins (Bord-)Restaurant: 100-Euro-Verzehrgutschein für ein schönes Lokal in deiner Nähe.

Neues Schuljahr – alte Probleme

Presseerklärung der GEW Wuppertal zum Schulstart

//Das ist wahrlich kein erfreulicher Schulstart für viele Wuppertaler Schulen am Mittwoch, hat sich doch der Lehrermangel noch einmal gegenüber dem Vorjahr verschärft. //

Besonders hart trifft es die Wuppertaler Grundschulen, denn 60 Lehrerstellen sind unbesetzt. Hinzu kommt, dass aktuell rund 200 Seiteneinsteiger*innen ohne Lehrerausbildung in befristeten Verträgen für Krankheits- und Elternzeitvertretung an Wuppertaler Grundschulen arbeiten. Das bedeutet, dass jede 5. Lehrkraft ohne Lehrerausbildung vor der Grundschulklasse steht. Eine pädagogisch besonders problematische Situation, weil es gerade in den ersten vier Schuljahren vor allem auf pädagogisches Handwerkszeug ankommt, das den Seiteneinsteiger*innen fehlt. Und es ist eine zusätzliche Belastung für die Schulen, die die Anleitung stemmen müssen.

Lehrermangel: Keine Besserung in den nächsten 10 Jahren

Mit Ausnahme des Gymnasiums, das alle Stellen besetzen konnte, sind alle Schulformen von der Mangelsituation betroffen. An Haupt-, Real- und Gesamtschulen konnten im Schnitt gerade mal gut 50% der offenen Stellen besetzt werden. Die Realschulen konnten sogar von 35 Stellen nur 6 Stellen besetzen.

Alle Schulen müssen immer häufiger auf Seiteneinsteiger*innen zurückgreifen. Da der Lehrermangel noch mindestens 10 Jahre anhält (Prognose Schulministerium), wird sich die Zahl der Lehrkräfte ohne Lehrerausbildung weiter erhöhen. „Diese dürfen nicht mehr länger ins kalte Wasser geworfen werden. Es muss dringend eine Vorabqualifizierung dafür organisiert werden, bevor sie mit aller Verantwortung vor eine Klasse gestellt werden! Andere Bundesländer haben solche Programme bereits eingeführt, in NRW erfolgt ein Crashkurs erst nach der Einstellung. Vertretungskräfte erhalten keinerlei Vorbereitung. Das muss sich ändern.“ So Tino Orlishausen vom Leitungsteam der GEW Wuppertal.

Zu viele Lehrkräfte für die Sekundarstufe II – Lehrkräfte endlich gleich bezahlen

Da für den Bereich der Sekundarstufe II ein Überangebot von Lehrkräften besteht, muss die Landesregierung ihr halbherziges Handeln aufgeben und echte Anreize dafür setzen, bereits ausgebildete und



künftige Lehrkräfte für die Grundschule und die Sekundarstufe I zu gewinnen. Das kann aber nur gelingen, wenn endlich die gleiche Bezahlung für alle Schulstufen eingeführt wird, damit der Gehaltsvorsprung von mindestens 500€ gegenüber der Sekundarstufe II ausgeglichen wird.

Inklusion: Sonderpädagogische Förderung kann kaum stattfinden

Hart betroffen auch die Kinder mit dem Anspruch auf sonderpädagogische Förderung. Vollmundig erklärt die Schulministerin, dass eine neue Zeit mit geordneten Bahnen für die Inklusion anbreche. Doch bei einer 30%igen Unterbesetzung in den Wuppertaler Grundschulen bei den Sonderpädagog*innen kann davon wohl schwerlich die Rede sein.

Noch dramatischer ist die Situation in den weiterführenden Wuppertaler Schulen mit einer Unterbesetzung von unglaublichen 68%! „Unverantwortlich für Kinder und Lehrkräfte! Das sind keine geordneten Bahnen, sondern eher ein Abgrund!“ so Richard Voß vom Leitungsteam der GEW. In den Wuppertaler Realschulen konnten z.B. von 15 ausgeschriebenen Stellen für Sonderpädagog*innen keine einzige besetzt werden, 16 Stellen an den Grundschulen blieben ohne Bewerber*innen. Auch die Wuppertaler Förderschulen sind nur zu 85% mit Lehrkräften versorgt.

Brennpunktschulen besser ausstatten – Anreize für Lehrkräfte schaffen

Brennpunktschulen leiden besonders unter dem Lehrermangel, denn gerade diese Schulen sind in vielerlei Hinsicht doppelt benachteiligt, da sie unter dem aktuellen Lehrkräftemangel leiden, gleichzeitig aber wesentlich mehr als andere Schulen die Integration zugewanderter Schüler*innen stemmen und täglich mit den gravierenden familiären Problemen der Kinder konfrontiert sind.

Kann man es jungen Lehrkräften verdenken, dass sie sich nicht die Schulen aussuchen, an denen sich die Herausforderungen und Probleme häufen und die zudem noch schlecht ausgestattet sind?

Hier hilft nur ein massives Gegensteuern mit genügend Anreizen, sich diesen besonderen Problemlagen zu stellen: Beste Ausstattung, zusätzliches Personal anderer Professionen, weniger Unterrichtsverpflichtung für die Lehrkräfte und finanzielle Zulagen. „Wenn hier nicht bald umgesteuert wird, fliegt uns das über kurz oder lang komplett um die Ohren! Hier ist auch die Stadt Wuppertal in der Verantwortung, die Brennpunktschulen der Stadt besser zu stellen.“, betont Richard Voß.

Lehrkräftemarkt leergefegt – kurzfristige Hilfsmaßnahmen notwendig

Schulministerin Gebauer hat es selbst erkannt, die Versäumnisse der Vergangenheit begleiten uns noch lange. Deshalb muss die Landesregierung kurzfristig zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um vor allem die Grund- und Förderschulen und die Schulen der Sekundarstufe I in dieser Situation zu unterstützen.

Hunderte von Millionen sind bereits durch die Nichtbesetzung der Lehrerstellen zurück in den Landeshaushalt geflossen. Es ist also viel Spielraum vorhanden für kurzfristige andere Unterstützungsmaßnahmen, entweder durch Landesmaßnahmen oder durch zweckgebundene Zuweisungen an die Kommune. So könnten z.B. weitere Schulsozialarbeiter*innen, Schulsekretär*innen, Schulverwaltungsassistent*innen, Unterrichtsbegleiter*innen für die Kinder mit Förderbedarf, Studierende für Sprachförderung von zugewanderten Kindern eingestellt werden. Auch die Anhebung der Sätze für Lernmittel (seit mehr als 20 Jahren nicht verändert!), könnte den Schulen Entlastung bringen. Flexible, unbürokratische Lösungsvorschläge, die den Schulen kurzfristig wirklich helfen, sind nun zusätzlich gefragt!

Nicht nur Zahlen sprechen Bände Studienplätze & Studierende für das Lehramt Grundschule

Bachelor-Studiengang Germanistik und Mathematik für die Grundschule - Pflicht für alle Grundschullehrkräfte

Bergische Universität Wuppertal - Wintersemester 2019

Bewerbungen: 2218

Ablehnungen bisher: 1276

Aufnahmekapazität : 420

Bis zum Jahr 2025 fehlen bis zu 26.300 Grundschullehrkräfte in Deutschland.

Ministerin Gebauer in einem Interview mit dem Generalanzeiger am 16.4.2018: „Natürlich wäre ich glücklich darüber, wenn die Hochschulen weitere Plätze einrichten könnten. Generell möchte ich aber auch keine neue Lehrerschwemme produzieren.“

Neue Lehrer*innen zum Minustarif

Das höchst sparsame System des Schulministeriums

// Seit gut einem Jahr werden nun auch für die Fächer Sport, Musik, Kunst und Englisch Seiteneinsteiger*innen in den Grundschulen eingestellt. //

Sie werden mit der sogenannten „Pädagogischen Einführung“ qualifiziert, können aber nicht das Lehramt erreichen. Doch wer trägt diese Ausbildung in den Schulen? Die Lehrer*innen und Schulleitungen - und zwar nicht zum Nulltarif sondern zum „Minustarif“.

Der Minustarif beginnt gleich mit der Einstellung: Die Unterrichtsverpflichtung beträgt 28 Stunden, für die Ausbildung im ZfsL erhält die Lehrkraft fünf Anrechnungsstunden. Dafür fährt sie einen Tag in der Woche dorthin zu den Ausbildungsveranstaltungen. Sie unterrichtet also dann 23 Stunden, im Stellenplan der Schule werden allerdings 28 Stunden angerechnet, also fünf Minusstunden ohne Ausgleich für die Schule.

Die Schule ist verpflichtet, eine verantwortliche Lehrkraft für die Betreuung zu bestimmen. Diese erhält dann eine wöchentliche Anrechnungsstunde. Doch das schmälert wiederum die Besetzung der Schule, denn einen Ausgleich bekommt die Schule nicht.

Was soll nun während der „Ausbildung“ geleistet werden?

Hospitation bei erfahrenen Lehrer*innen unter Berücksichtigung vorher vereinbarter Beobachtungsschwerpunkte, Durchführung von selbstständig geplanten Stunden mit anschließender gemeinsamer Reflexion mit Lehrer*innen der Schule, Einführung in das Schulprogramm, die Arbeitsabläufe, das Schulleben, Unterstützung bei der Planung des Unterrichts, Besprechung fachlicher und methodischer Aspekte (inkl. Leistungsbewertung), regelmäßige Gespräche zur Aufgaben- und Rollenklärung, Entwicklungsgespräche zur Begleitung der Einarbeitung über den Zeitraum der Pädagogischen Einführung usw. Die Handreichung des Schulministeriums hat da noch weitere „gute“ Ideen ... **und das alles natürlich im Rahmen einer Wochenstunde für eine Lehrkraft?**

Minustarif - für das Kollegium und für die Schulleitung

Natürlich wird dieses System in allen anderen Schulstufen ebenso praktiziert - zu Lasten des Kollegiums und zu Lasten der Seiteneinsteiger*innen.

A COSH





Ein Dankesbrief an die Ministerin

Handreichung Rechtschreiben

Sehr geehrte Frau Ministerin Gebauer,

ich möchte mich ganz herzlich für die neue Handreichung Rechtschreiben bedanken, die Sie ja allen Grundschulen in NRW in großzügiger Auflage von zwei Exemplaren pro Schule haben zukommen lassen. Da ich es aber kaum abwarten konnte, habe ich mir schon - auf eigene Kosten - die 68-seitige Broschüre zu Hause mit meinem Farbdrucker vorab ausgedruckt.

Schon seit längerer Zeit verunsicherten mich Medienberichte, die davon sprachen, dass wir den Kindern in der Grundschule nicht mehr das richtige Schreiben beibringen und wissenschaftliche Studien belegt hätten, dass die Rechtschreibkompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern in den letzten Jahren deutlich zu wünschen übrig ließen.

Es haben sich ja auch viele Eltern beschwert, dass die Kinder in der Grundschule einfach so schreiben wie man spricht und Rechtschreibregeln nicht mehr wichtig wären.

Die jahrelangen Zweifel hinsichtlich meiner fachdidaktischen Fähigkeiten im Bereich Rechtschreiben sind aber nach der Lektüre der Handreichung Rechtschreiben vollständig ausgeräumt, denn endlich hat man uns Lehrkräften in der Grundschule eine Anleitung an die Hand gegeben, mit der sozusagen mit einem Schlag alle Probleme bei der korrekten Vermittlung der Rechtschreibung gelöst sind.

Schon der Hinweis in der Einführung der Handreichung machte mir Mut: „Damit alle Kinder richtig schreiben lernen können, bedarf es eines systematischen und anregenden Rechtschreibunterrichts in der Grundschule, der Sicherheit beim Schreiben vermittelt und die Erfahrung ermöglicht, dass das richtige Schreiben machbar, sinnvoll und notwendig ist. Dies gilt auch für die erste Klasse, denn schon Schreibanfängerinnen und Schreibanfänger brauchen Hinweise auf normgerechte Schreibungen und Anregungen, dem System unserer Orthografie auf die Spur zu kommen, damit sie nicht denken, dass man „schreibt wie man spricht“.

Das war mir alles gar nicht so mehr klar und ich hatte schon längere Zeit den Eindruck, dass der bisherige Rechtschreibunterricht in den Grundschulen viel zu unsystematisch und zu wenig anregend abläuft und wir den Kindern viel zu wenige Hinweise auf normgerechte Schreibungen mit an die Hand geben.

Das ist jetzt zum Glück vorbei und ich bin Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr dankbar, dass uns Grundschullehrkräften in diesem elementaren Bereich endlich Hilfe angeboten wird.

Es ist richtig, dass Sie hier Prioritäten setzen, denn in den Grundschulen haben wir momentan ja kaum andere Probleme. Was bedeuten schon die recht überschaubaren Herausforderungen hinsichtlich Inklusion, bei der Integration zugewanderter Kinder, bei dem vereinzelt auftretenden Lehrkräftemangel (sicher nur Gerüchte!), bei dem Sanierungsbedarf maroder Schulgebäude usw. im Vergleich zu dieser wirklich seit langem überfälligen Handreichung Rechtschreiben.

Sicherlich wird auch der von Ihnen angekündigte Masterplan Grundschule dazu beitragen, die Unterrichtsqualität in den Grundschulen in NRW weiter zu steigern und wir Lehrkräfte sollten dies auch unterstützen, zumal wir Reformen und neuen Konzepten gegenüber immer aufgeschlossen sind.

Mit dankbaren Grüßen!

Eine Grundschullehrerin aus Wuppertal

Noch mehr Post ...

Teilzeitmöglichkeiten dürfen nicht angetastet werden

// Auch die Fachgruppe Grundschule der GEW Wuppertal hält Post bereit für die Schulministerin. Die Postkarten werden gerade in den Lehrerzimmern der Wuppertaler Grundschulen gesammelt. Und eines ist sonnenklar: Wer an der Teilzeitschraube dreht, riskiert weitere Ausfälle wegen Überlastung. //



Für viele Grundschullehrkräfte ist die Teilzeit eine selbstfinanzierte Entlastung, weil anders die Herausforderungen nicht zu stemmen sind. Anstatt endlich für Entlastung zu sorgen, fällt der Landesregierung nur ein, über Beschränkung von Teilzeit nachzudenken.

Widerstand der Personalräte bei Ablehnung von Teilzeit

Viele Kolleg*innen müssen ihre Teilzeitanträge im Dezember wieder stellen. Auch im letzten Jahr haben die Schulbehörden versucht, Anträge abzulehnen. Das ist auf den konsequenten Widerstand der Personalräte gestoßen, die dabei ein Mitbestimmungsrecht haben. Deshalb: Mitmachen bei der Postkartenaktion und Kontakt halten mit den GEW-Personalräten.

Fehlstart einer Grundschule

Die neue Grundschule Matthäusstr. und ihr Schulbeginn

// Da staunten die Kolleginnen nicht schlecht, als sie in der letzten Ferienwoche ihren neuen Arbeitsplatz an der Matthäusstraße für die erste Einschulung der Erstklässler an dieser neuen Grundschule vorbereiten wollten. Da waren fehlende Tafeln in den Klassen fast noch das geringste Problem ... //

Die Behelfstafeln wurden dann selbst organisiert als Leihgabe befreundeter Grundschulen. Der freundlicherweise vorhandene Tischkopierer hatte leider kaum Kopierpapier. Telefon, Internet und Verwaltungsrechner funktionierten nicht. Im Lehrerzimmer gab es außer einem Tisch, Stühlen und Küchenzeile nur noch einen Abstelltisch für den Kopierer - sonst gähnende Leere.



Gähnende Leere in vielen Räumen

Gähnende Leere auch in den beiden Differenzierungsräumen - kein Tisch, kein Stuhl, kein Schrank. Die Klassenräume waren zwar möbliert (bis auf die fehlenden Tafeln wie gesagt), doch die Ablageschränke so hoch, dass für Erstklässler unerreichbar. Dazu passten dann die Garderobenhaken - frisch eingedübelt, aber in einer Höhe von ca. 1,60 m, so dass Erstklässler leider nicht dran kommen. In einer Klasse sind auch nur Haken für 12 Jacken - gut, dass Sommer ist.

Die Tische in den Klassenräumen wackeln, weil der Boden extrem uneben ist. Türen zu Nebenräumen lassen sich teilweise nicht öffnen, vielleicht liegt es auch am Boden?

Die „Toilettenanlage“? Ein Container auf dem Schulhof in Sichtweite

eines Bauzauns, denn ein großer Teil des sowieso winzigen Schulhofs besteht aus einem unbefestigten „Loch“, so notdürftig abgetrennt, dass jeder Ball unter den Drahtzaun rutscht. Die Folge: Ballspielen fällt aus. Ein Pausengong ist nicht vorhanden, da muss eine Trillerpfeife genügen.



Die Personalsituation - von allem zu wenig

Die Schulsekretärin kommt mittwochs von 8 - 12 Uhr - sind ja nur drei Klassen... Hat eigentlich mal jemand in der Schulverwaltung darüber nachgedacht, dass eine neu errichtete Schule, die von Null anfängt und nicht auf eingespielte Strukturen zurückgreifen kann, mit anderen Maßstäben gemessen werden muss, zumal eine eigene Schulleitung noch gar nicht installiert ist? In solch eine Schulsituation gehört eine tägliche Sekretärin.

Schwer nachvollziehbar auch die Entscheidung der Schulaufsicht, den Start der Schule ausschließlich mit abgeordneten Lehrkräften stemmen zu wollen, die teilweise auch noch pendeln müssen.

Angesichts des bekannten sozial hoch belasteten Einzugsgebiets kann man den Start einer solchen Grundschule nicht mit einer Minimalausstattung gemäß Schüler-Lehrer-Relation und dazu noch ohne sozialpädagogische Fachkraft stemmen.

Es war doch zu erwarten, dass hier überproportional viele Kinder eingeschult werden, die kaum oder keine Deutschkenntnisse haben oder noch nie einen Kindergarten besucht haben und damit elementare Verhaltensweisen nicht beherrschen. Die Klassenlehrerinnen haben einen extrem schweren Job zu stemmen, denn die Realität übertraf bei weitem noch die Erwartungen, haben doch mehr als die

Hälfte der Kinder keine oder kaum Deutschkenntnisse.

Stadt und Schulaufsicht reagieren jetzt - gut so

Die betroffenen Kolleginnen haben sehr verantwortungsvoll gehandelt und den Personalrat Grundschulen auf diese unhaltbare Situation aufmerksam gemacht. Der hat sich sofort eingeschaltet. Schulaufsicht und Schulverwaltung haben sich nun auf den Weg gemacht, um die größten Mängel zu beseitigen und auch mehr Personal in Aussicht gestellt. Wir hoffen sehr, dass das klappt und ausreicht.

Wie geht es weiter?

Es stellt sich allerdings die drängende Frage, wie es mit dieser Grundschule im nächsten Schuljahr weiter gehen soll, denn das Gebäude verfügt über gerade mal zwei zusätzliche Räume, die eigentlich als Differenzierungsräume gebraucht werden. Die benachbarte Hauptschule wird frühestens im Jahre 2023 ausziehen können, da der Ersatzbau an der Dieckerhoffstraße in Langerfeld vorher nicht zur Verfügung steht. Fazit: Schon für das nächste Schuljahr ist dringender Handlungsbedarf.

Der Schulträger hat einiges gut zu machen. Er sollte nun gemeinsam mit der Schulgemeinde alles daran setzen, dass diese Grundschule künftig in einem angemessenen Rahmen arbeiten kann.

Fotos: Krüger





Ein besonderes Erlebnis ...

Schwimmunterricht in Wuppertal

// Endlich Freitag! Endlich Schwimmen für meine 24 Kinder der Klasse 4. Die Taschen sind gepackt, die Vorfreude ist riesig. Und was dann folgt ist leider für alle Beteiligten nur noch ernüchternd. //

Zwanzigminütige Busfahrt nicht angeschnallt über die A 46 und durch den Burgholtztunnel. Ankunft im Schwimmleistungszentrum zeitgleich mit drei weiteren Klassen aus Grund- und Realschulen. Gedrängel in der Umkleide mit zu vielen Kindern und zu vielen nicht zu verschließenden Spinden.

Schnell einmal durch die Duschen, denn die eh schon kurze Schwimmzeit läuft längst. Ankunft im Nichtschwimmerbecken. Alle 24 Kinder rein, aufwärmen und spielen. Hierfür steht ein Drittel des Nichtschwimmerbeckens zur Verfügung, denn es ist durch zwei Leitern in drei Bahnen geteilt. Neben uns die Nichtschwimmer der Realschule, daneben eine weitere Grundschule. Insgesamt sind 63 Kinder im Becken. Aufsichtspflicht wird zum Glücksspiel. Nonverbale Kommunikation ist angesagt, denn der Lärmpegel ist unglaublich. Meine Kollegin misst 90 Dezibel - mehr gibt das Gerät technisch nicht her -, das entspräche mindestens dem Lärm einer Holzfräsmaschine.

Also kürze ich diese erste von den Kindern heiß geliebte Phase ab und meine Kollegin geht mit den Schwimmer*innen ins große Becken zu anderen unzähligen Schulklassen und anderen Badegästen. Randbahn für die 9-10jährigen? Fehlanzeige!

Im Nichtschwimmerbecken lichtet sich nun zwar die Zahl der Köpfe in meiner Bahn, leider halbiert sich genau jene gleichzeitig nochmal. Mit der Schwimmlehrerin vom Schwimmverband, die mit den drei Angst-Nichtschwimmern super Arbeit leistet, teile ich mir nun das Drittel. Schwimmunterricht mit 10-12 Nichtschwimmern in einem Sechstel des Beckens. Unglaubliche Bedingungen, um Schwimmen zu lernen.

Nach den verbleibenden 10 Minuten Wasserzeit geht's retour, mitten ins Umkleide-Chaos. Aber diesmal mit nassen Kindern und großen Pfützen auf dem Boden. Ich freu mich auf die Strumpfhosen in der Winterzeit!

Ich frage mich, wer für dieses Schul-Schwimm-Chaos in Wuppertal eigentlich zuständig ist. Hier muss die GEW unbedingt nachhaken.

Anna Oëx

Arbeitsplatz Sonderpädagogin

So läuft das (nicht) im Gemeinsamen Lernen

// Eine Kollegin, die im Gemeinsamen Lernen (GL) einer Grundschule eingesetzt ist, hat uns diese Stichpunkte zu ihrer Arbeitssituation zugeschickt. //

Ich bin als Sonderpädagogin alleine für zwölf Klassen zuständig. Die Förderkinder sind in verschiedenen Klassen verteilt, Diagnostik und Prävention muss in allen Klassen laufen.

Die Kinder haben unterschiedlichste Förderschwerpunkte, die ich natürlich alle gar nicht studiert habe. Ich bin deshalb unbedingt auf einen direkten Austausch mit erfahrenen Kolleg*innen angewiesen, den muss ich mir privat irgendwie organisieren. War ich früher für drei AOSF- Verfahren pro Schuljahr zuständig, was schon viel zu viel war, muss ich jetzt oft vier stemmen. Jetzt bin ich auch noch an eine weitere Grundschule abgeordnet und muss nun als einzelne Sonderpädagogin gleich zwei Schulen betreuen.

Gespräche mit dem Schulamt, Absprachen zwecks AOSF mit Grundschul-Kolleg*innen, Jugendamt, behandelnden Ärzten, Psychiatrien, Therapeuten sind wegen der Erreichbarkeit oft nur am Vormittag möglich. Telefonate vor dem Unterricht oder in den Pausen sind also keine Seltenheit. Die Koordination der Integrationshelfer*innen muss in deren Dienstzeit ablaufen. Auch das geht oft nur in Pausen. Bei Zuständigkeit für zwölf Klassen und der Betreuung der Abordnungsschule ist es organisatorisch nicht möglich, allen Teamtreffen beizuwohnen, also wieder Absprachen in der Pause oder zwischen Tür und Angel, gemeinsame Unterrichtsplanung ist nicht möglich.

Regelmäßiges Schreiben von Förderplänen, jetzt auch noch die jährliche Beurteilung des Förderbedarfs, Zeugnisse, ausführliche Berichte zum Schulübergang, zur Beantragung der Integrationshilfe, Fragebögen der behandelnden Therapeuten und vor allem ausführliche Gutachten, man sitzt nur noch über Berichten anstatt Unterricht vorzubereiten.

Eigener Unterricht und Arbeit mit den Kindern wird immer weniger, da so viele organisatorische Dinge zu klären und Gespräche zu führen sind. Doch gerade für die Arbeit mit Kindern habe ich diesen Beruf gewählt.

Das Gemeinsame Lernen braucht einfach mehr Ressourcen.

Schulbus gestrichen

Stadt fördert Elterntaxis

// Die WSW und die Stadtspitze Wuppertals haben im Laufe dieses Jahres viel über den Weg der Studenten vom Hauptbahnhof bis zur Uni diskutiert. Ist es nicht seltsam, dass im Gegensatz dazu die Bewältigung des Schulweges der Grundschul Kinder vom Nützenberg nicht der Rede wert ist? //

Für die Studierenden geht es um den Weg vom Hauptbahnhof zur Uni, das sind 1,5 km - bzw. um die 500 m vom Busbahnhof zur Haltestelle Stadthalle. Für die Grundschul Kinder vom Nützenberg geht es darum, dass ihr Schulbus für ihren bis zu 3 km langen Schulweg gestrichen wurde.

Trotz massiver Proteste der Eltern, Lehrer*innen und Schulleitung von zwei betroffenen Schulen wurden drei Schulbus-Fahrten zunächst im April zu einer Fahrt um 13.45 Uhr zusammengestaucht. Diese wurde dann zum Ende des vergangenen Schuljahres endgültig gestrichen. „Es müssen deutlich mehr als 16 Kinder sein, die den Bus mittags nutzen“, heißt es von den WSW. Doch mit dem öffentlichen ÖPNV kommt man ohne Umsteigen z. B. nicht vom Nützenberg zum Katernberg. Ganz nebenbei bleibt fraglich, ob sämtliche anderen Wuppertaler Buslinien auch immer diesen Fahrgastdurchschnitt erreichen.

Die Praxis zeigt nun, dass von diesen 16 Kindern nur vier Kinder regelmäßig zu Fuß gehen. Die Wegstrecken sind teilweise mit verkehrsreichen Hauptstraßen, großen Kreuzungen und Autobahnauffahrten oder alternativ durch den Wald schwierig, für manche Kinder mit 3 km auch viel zu lang. Als Alternative bleiben also nur die Elterntaxis, die von der Stadt doch gerade nicht gewünscht sind. Was für eine Doppelmoral!

Bedauerlich zu erwähnen bleibt, dass sich auch die Schulverwaltung aus der Verantwortung stiehlt. So werden zwei Nachbarschulen im Bezirk mit einem Schulbus versorgt. Der Vorschlag, hier eine kooperative Lösung für alle vier Schulen zu finden wurde abgelehnt.

Die Nützenberger werden nicht aufgeben. Sie werden ihre Forderung sogar ausweiten, denn warum soll die WSW und die Stadt Wuppertal nur für den sicheren Heimweg um 13.45 Uhr zuständig sein, auch ein Schulbus für die Kinder aus dem offenen Ganztage um 16 Uhr ist längst überfällig!
Anna Oex

Wo ist der pädagogische Sinn?

Abschulung nach „unten“

// Jahr für Jahr die gleiche Situation: Kurz vor Schuljahresende muss meine Hauptschule zahlreiche „abgeschulte“ Schüler*innen der Realschulen aufnehmen. //

In diesem Jahr sollten es Achtklässler sein. Das wurde vor den Ferien revidiert, es seien doch Schüler*innen für den Jahrgang 7. Das warf unsere Planung - Teilung des 8. Jahrganges - über den Haufen. Nun ging nur noch die Bildung einer weiteren Klasse 7 mit den „Abgeschulten“. Ein Klassenlehrer musste gefunden werden - zusätzliches Personal schickte man uns natürlich nicht - auch ein Raum musste zum Klassenraum umfunktioniert werden, ein wenig zu klein, aber für die angekündigten 16 Schüler*innen wird es schon reichen. Nach den Ferien dann das böse Erwachen: Aus 16 SchülerInnen wurden 23, sogar Kinder mit Förderbedarf darunter. Schnell zeigte sich, dass hier jeder geprägt durch Misserfolge und Frustration sein Päckchen zu tragen hat. Wen wundert das? Die Hauptschule soll das jetzt richten. Da stellt sich mir die Frage: Macht das alles Sinn?

Silke Thielmann

Geht's noch?

Kein E-Scooter für Oberammergau

// Klimakatastrophe, AFD, Brexit, Trump, SPD Führungssuche, Lehrermangel, alles nebensächlich angesichts dieses Problems: //

Jesus Christus wird bei den Oberammergauer Passionsspielen nicht auf E-Tretrollern nach Jerusalem einziehen. Gottes Sohn werde wie gewohnt auf dem Esel reiten, teilten die Passionsfestspiele jetzt mit. Das Veterinäramt des Landratsamtes Garmisch-Patenkirchen stellte klar, dass grundsätzlich dem traditionellen Ritt auf dem Esel nichts entgegenstehe. Die Organisation „Peta“ hatte den Ritt eines erwachsenen Christusdarstellers auf einem Esel als tierschutzwidrig bezeichnet und darum als Ersatz einen E-Scooter vorgeschlagen. Man werde prüfen, ob alles mit dem Tierschutzgesetz konform gehe und das betreffende Tier für die Aktion geeignet und stark genug sei, den Jesus die nötige Strecke - 30 m - zu tragen. Sollte ein Veterinär ein Tier für nicht geeignet halten, könnte Ersatz gesucht werden. (dpa)

Christian Schumacher



Vergessene Geschichte: Berufsverbote

Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland

// Vom 27.1. bis 8.2.2020 zeigen GEW Wuppertal und GEW NRW diese Ausstellung im Barmer Rathaus. Auch die Geschichte Betroffener aus Wuppertal wird dort dokumentiert. Eröffnung ist am 29.1.2020 um 17 Uhr mit der GEW-Vorsitzenden Maïke Finnern und Oberbürgermeister Mucke. Anschließend wandert die Ausstellung bis zum 19.2.2020 in die Elberfelder Citykirche. Eine große Diskussionsveranstaltung u.a. mit Hertha Däubler-Gmelin findet dort am 11.2.2020 statt. //

Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den sogenannten „Radikalenerlass“. Personen, denen unterstellt wurde, dass sie "nicht die Gewähr dafür bieten, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten“, sollten aus dem öffentlichen Dienst ferngehalten bzw. entlassen werden. Mit Hilfe der „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz wurden etwa 3,5 Millionen Bewerberinnen und Bewerber auf ihre politische „Zuverlässigkeit“ durchleuchtet. Die bittere Bilanz: 11.000 offizielle Berufsverbotsverfahren, 2.200 Disziplinarverfahren, 1.250 Ablehnungen von Bewerbungen und 265 Entlassungen.

Der „Radikalenerlass“ führte zum faktischen Berufsverbot für Tausende von Menschen, die als Lehrer*innen, als Lokführer, in der Sozialarbeit, in der Briefzustellung, an Hochschulen oder in der Rechtspflege tätig waren oder sich auf solche Berufe vorbereiteten. Bis weit in die 80er Jahre vergiftete die staatlich betriebene Gesinnungsjagd auf vermeintliche „Radikale“ das politische Klima. Der „Radikalenerlass“ führte zur Einschüchterung nicht nur der aktiven Linken. Die existentielle Bedrohung durch die Berufsverbote wirkte zugleich als Unterdrückung außerparlamentarischer Bewegungen insgesamt. Statt Zivilcourage wurde Duckmäusertum gefördert.

Ziel der Ausstellung ist es, die Berufsverbote als Teil der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte aufzuarbeiten und vor dem Vergessen zu bewahren. Sie soll einen Beitrag zur Aufhebung des Radikalenerlasses leisten und die Öffentlichkeit für die politischen, sozialen und psychischen Auswirkungen des politischen Instruments "Berufsverbote" sensibilisieren. Ziel ist auch, die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Antikriegstag notwendiger denn je

Neuer Aufrüstungswahn

// Auf der gut besuchten Veranstaltung des DGB-Wuppertal zum 1.9.2019 - dem Antikriegstag - hielt der Vorsitzende des Wuppertaler DGB, Guido Grüning, diese beachtenswerte Rede: //

Achtzig Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskriegs der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag zusammen zu kommen und daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von blindwütigem Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann.

Demokratie, Frieden und Freiheit sind eben keine Selbstverständlichkeit. Das weiß niemand besser als wir Gewerkschaften. Deshalb waren wir von Anfang an Teil der Friedensbewegung.

Wir wissen aber auch: Die Erfolge der Friedensbewegung werden in Frage gestellt. Der Kampf gegen Faschismus, nationalistische Kriegstreiberei und besinnungsloses Wettrüsten sind nicht vorbei. Im Gegenteil: Wir leben heute in einer Welt, in der unser gewerkschaftlicher Einsatz für eine starke Friedensbewegung besonders gefordert ist.

Neuer Aufrüstungswahn

Wir werden Zeuge, wie ein neuer Aufrüstungswahn um sich greift. Die Atomkräfte sind dabei, ihre Nuklearwaffen zu modernisieren, während die USA gleichzeitig aus dem Atomabkommen mit dem Iran aussteigen und das Abkommen mit Russland über nukleare Mittelstreckensysteme, den sog. INF-Vertrag, kündigen. Für dieses Abkommen mit Russland haben in den 80er Jahren Hunderttausende in Deutschland, u.a. im Bonner Hofgarten demonstriert.

Welche Ausmaße das neuerliche Wettrüsten erreicht hat, zeigt sich bei den Militärausgaben. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs waren sie nie so hoch wie heute: Weltweit belaufen sie sich auf mehr als 1,6 Billionen Euro.

Auch Deutschland ist Teil des Problems.

Betrag der deutsche Verteidigungsetat 2015 noch 33 Mrd. Euro, so ist er inzwischen auf 43,2 Mrd. Euro gestiegen. Damit stehen wir schon heute auf Platz 8 der Länder mit den meisten Militärausgaben auf der Welt.

Wenn Deutschland die NATO-Vorgabe befolgt, seine Wehrausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP zu steigern, so läge unseren Rüstungsetat in fünf Jahren bei 85 Mrd. Euro, d.h. er würde sich annähernd verdoppeln.

Friedenspolitisches Engagement der Bundesregierung?

Stattdessen wäre die Bundesregierung gut beraten, auch um Vertrauen zurück zu gewinnen, sich friedenspolitisch zu engagieren. Gerade vorgestern habe ich in einem Vorbericht über die heutigen Landtagswahlen einen älteren Mann aus Sachsen gehört, der auf die Frage, was ihm denn am meisten Sorgen bereite, die Angst äußerte, seine Enkel wieder in einen Krieg schicken zu müssen.

Und ich teile diese Angst: Mit 27% der Stimmen in einer ersten Hochrechnung hat die AfD heute in Sachsen fast 10%-Punkte mehr geholt, als die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1930 (18,3%). Meine lieben Freundinnen und Freunde, jetzt ist Schluss mit lustig. Und jetzt ist auch Schluss mit den Versuchen der Rechtfertigung und der Erklärungen.

Wer aus Protest gegen eine vermeintliche oder tatsächliche Ungerechtigkeit billigend in Kauf nimmt, dass Demonstrierende, Journalistinnen und Journalisten, Sicherheits-, Ordnungs- und Rettungskräfte und Migrantinnen und Migranten angegriffen oder diskriminiert werden, ist kein besorgter Bürger und kein Protestwähler. Der ist und bleibt ein Rassist oder eine Rassistin.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die die Verantwortung übernimmt, diesem ganzen Wahnsinn ein Ende zu bereiten. Eine Bundesregierung, die allen Formen von Intoleranz, Hass, Hetze, Diskriminierung und Gewalt entschieden entgegentritt und Zeichen setzt und Maßnahmen beschließt, die diesem Ziel dienlich sind. Ein guter und richtiger Schritt wäre es z.B., den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen, so wie es bereits 130 andere Staaten auf der Welt getan haben.

Und Friedenspolitik ist auch, nicht mehr Geld fürs Militär auszugeben, sondern für öffentliche Investitionen. Für die Gestaltung der Transformationen durch Klimawandel und Digitalisierung. Für Alterssicherung und Pflege. Für sozialen Wohnungsbau. Für ein gerechtes Gesundheitssystem. Für die Modernisierung von Schulen und Kitas.

Und warum haben die Beschäftigten in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Schulen und Kitas, bei Rettungsdiensten und Polizei nicht ebenso viel, ich zitiere, „Respekt und Dank“ verdient, wie die Angehörigen der Bundeswehr, die ab dem 1. Januar 2020 kostenlos den



öffentlichen Personenverkehr benutzen dürfen.

Unglaublich: Öffnung der Hochschulen für militärische Forschung

Und ich spreche einen weiteren Punkt an, der mich speziell hier in Nordrhein-Westfalen sprachlos gemacht hat: Ohne Not hat die Nordrhein-Westfälische Landesregierung den Hochschulen im Land ermöglicht, sich künftig wieder für militärische Forschung zu öffnen. Im Juli dieses Jahres haben CDU und FDP mit dem neuen Hochschulgesetz die sogenannte Zivilklausel in NRW abgeschafft. Gestrichen wurde damit die Verpflichtung der Hochschulen zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie.

Dagegen haben der DGB und seine Gewerkschaften gemeinsam mit Friedensinitiativen protestiert, weil wir überzeugt sind, dass Wissenschaft und Forschung am Allgemeinwohl auszurichten sind und einen Beitrag für eine friedliche Welt leisten müssen.

Die Einzige, die begrüßt, dass die Hochschulen nicht mehr zur Zivilklausel verpflichtet sind, war, neben CDU und FDP-Fraktion die Fraktion der AfD.

Frieden, soziale Gerechtigkeit und sichere Zukunftsperspektiven für alle ist die wirksamste Antwort auf die Spaltungs- und Ausgrenzungsparen von Rechtsextremisten.

Diese machen mobil gegen unsere Demokratie und sagen unserer vielfältigen und weltoffenen Gesellschaft den Kampf an. Wie wenig die Rechtsextremisten dabei vor Gewalt und Terror zurückschrecken, hat erst jüngst der Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke verdeutlicht. Und wer die Reaktionen der AfD in den sozialen Netzwerken auf diesen feigen Mord gesehen hat, der weiß spätestens jetzt genau woran er ist, wenn er seine Stimme der AfD gibt.

Weltweit befinden sich die Feinde der Demokratie, Autokraten und autoritäre Regime auf dem Vormarsch. Sie schüren neue Feindbilder. Sie instrumentalisieren Verunsicherung, die das Gefühl bei vielen Menschen auslöst, in einer Welt zu leben, die völlig aus den Fugen geraten ist. Eine Welt, die durch eine wachsende Zahl an bewaffneten Konflikten geprägt ist. Eine Welt in der sich 70 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, vor politischer Verfolgung, vor Naturkatastrophen und Armut befinden.

Deutschland und Europa haben die moralische, aber auch die vertragliche Verpflichtung, Menschen Schutz und Asyl zu gewähren, die auf der Flucht sind. Die damit verbundenen Verpflichtungen müssen unter den Mitgliedern der EU gerecht aufgeteilt werden.

Fluchtursachen lassen sich nur mit weniger statt mit mehr Waffen lösen. Deshalb engagieren sich der DGB und seine Gewerkschaften in der Friedensinitiative „Abrüsten statt Aufrüsten“. Deren Aufruf gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO haben inzwischen mehr als 150.000 Unterstützerinnen und Unterstützer unterzeichnet. Ich möchte Euch und Sie dazu aufrufen, wer das noch nicht getan hat, den Aufruf mitzuunterschreiben und sich an den Aktionen der Initiative zu beteiligen.

90. Geburtstag der Stadt ohne Rückblick auf Krieg und Faschismus?

Wir haben in diesem Jahr den 90. Geburtstag unserer Stadt gefeiert. In diesen 90 Jahren sind unfassbar viele schöne Dinge in unserer Stadt passiert. Wuppertalerinnen und Wuppertaler haben weit über die Grenzen unserer Stadt die Geschicke unseres Landes mit beeinflusst. Es gab und gibt Komödien und Tragödien.

Mit einem langen Tisch und einem schönen Festakt haben wir den Geburtstag gefeiert. Und die Westdeutsche Zeitung hat den Stadtgeburtstag mit einer großen Beilage gefeiert, die auf diese 90 Jahre zurückgeblickt hat.

Ich hätte mir gewünscht, wie viele andere auch, dass Teil dieses Rückblicks auch die 12 Jahre Faschismus in Wuppertal gewesen wäre. Die Machtübernahme der Nazis im Tal, die Bücherverbrennungen, die Verfolgung, Folterung und Ermordung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, von Sozialdemokraten und Kommunisten, der Zerstörung der Synagogen, eines der ersten Konzentrationslager in Kemna, die furchtbaren Hinrichtungen zu Kriegsende im Burgholz, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die Gewerkschaftsprozesse, die Bombardierungen, die Befreiung und der mutige und lebensbedrohende Widerstand gegen die Nazi-Barbarei.

Unsere Alternative heißt Solidarität und Frieden

Und weil das alles nicht Teil des Rückblicks in der WZ war, möchte ich heute daran erinnern. Und ich möchte mich bei denen bedanken, die in mir und in uns allen diese Erinnerung lebendig halten. Und ich kann mich hier leider nicht bei allen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Spurensuchern und Forschern im Wuppertal bedanken, die sich dieser Aufgabe angenommen haben, weil ich sicher viele vergessen würde.

GEW: Am langen Tisch mitgefeiert

29.6.2019 - Kaffee & Kuchen gegen Spende für Matagalpa



Wissenschaftlicher Nachwuchs

Neue Chancen durch neues Programm?

// Der Bergischen Universität wurden neun Tenure-Track-Professuren (Tenure-Track übersetzt = Verfahren zur Festanstellung) aus dem Bund-Länder-Programm bewilligt. Der Bund stellt eine Milliarde Euro bereit, um 1.000 Tenure-Track- Professuren an 75 Hochschulen zu fördern. Damit wird an deutschen Universitäten erstmals ein neuer Karriereweg breit etabliert. //

Die Tenure-Track-Professur richtet sich zu einem frühen Zeitpunkt an promovierte Wissenschaftler*innen und sieht nach erfolgreicher sechsjähriger Bewährungsphase den unmittelbaren Übergang in eine Lebenszeitprofessur vor. Der Weg zur Professur wird dadurch kürzer, transparenter und planbarer. Die Bundesregierung verspricht sich durch die Etablierung der Tenure-Track-Professuren einen Kulturwandel für die gesamte universitäre Landschaft. Mit diesem Format wird nicht nur das Alter der Erstberufung deutlich reduziert, auch die sechsjährige Bewährungsphase unterscheidet sich erheblich von den bisherigen Anforderungen.

Für den Personalrat der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten an der Bergischen Universität erfüllt sich mit der neu konzipierten Bewährungsphase seine langjährige Forderung nach Verbesserung der prekären, weil immer befristeten Beschäftigungsverhältnisse für den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Der Personalrat sieht auch noch weitere wichtige Aspekte erfüllt, die er nachdrücklich gefordert hat: Erstmalig sind die Anforderungen für alle Nachwuchswissenschaftler*innen mit Tenure-Track-Professur transparent und die vorgesehenen Fördermaßnahmen für alle gleichwertig. Erstmalig wird die Abhängigkeit von der Person, welche die Habilitation betreut, aufgegeben und ein Gremium wacht stattdessen über die wissenschaftliche Entwicklung. Dieses Gremium achtet auch darauf, dass die zusätzlichen Belastungen und Erwartungen seitens der jeweiligen Fakultäten in engen Grenzen bleiben.

Personalrat sieht Gefahren eines Zwei-Klassen-Nachwuchssystems

Gleichwohl wird die Freude des Personalrates gedämpft, denn er erwartet keinen Kulturwandel in der Wissenschaft, sondern sieht vielmehr die Gefahr eines Zwei-Klassen-Nachwuchssystems. Aus gewerkschaftlicher Perspektive kann diese Sorge entschieden geteilt

werden und zwar aus nachfolgenden Gründen.

Programm nur befristet

Das Geld für die 1000 Tenure-Track-Professuren stellt die Bundesregierung leider nur bis zum Jahr 2032 zur Verfügung. Danach müssen die Hochschulen die Professuren weiterfinanzieren. Ein*e Nachwuchswissenschaftler*in, die im Jahr 2020 mit Anfang 30 eine Juniorprofessur und mit Mitte 30 eine dauerhafte Professur erhält, wird nicht im Jahr 2032 in den Ruhestand gehen. Insofern stehen die 1000 Stellen dem professoralen Markt auf lange Sicht nicht mehr zur Verfügung und das heißt für all diejenigen Kolleg*innen, die aktuell eine befristete klassische Nachwuchsstelle (Junior-Professur ohne Tenure-Track, Professur, wissenschaftliche Mitarbeiter*in, Lehrkraft für besondere Aufgaben) innehaben, verengen sich die Chancen auf eine dauerhafte Professur erheblich. Das ist angesichts insgesamt knapp bemessener unbefristeter Professuren in unserem Lande keine Trivialität.

Auch bezüglich der veränderten Anforderungen der Bewährungsphase deutet sich ein Zwei-Klassen-System an. Für diejenigen, die eine wissenschaftliche Laufbahn auf klassischem Wege durchlaufen, bleibt der Weg zur Professur weiterhin prekär, intransparent, nicht planbar und von persönlicher Abhängigkeit gekennzeichnet.

Es existiert z.B. kein Gremium, welches über sie wacht oder die wissenschaftliche Entwicklung systematisch unterstützt. Im Gegensatz zu den Tenure-Track-Professuren werden diese Beschäftigungsverhältnisse aber der Normalfall der wissenschaftlichen Ausbildung bleiben und zwar mindestens so lange wie die staatliche Unterfinanzierung der Hochschulen andauert. Denn der beständige Geldmangel der Hochschulen hat dazu geführt, dass es im akademischen Mittelbau unterhalb der Professur quasi gar keine (Ausweich-)Positionen mit dauerhafter Perspektive gibt.

Planbare, transparente Karrieren für den wissenschaftlichen Nachwuchs, den hochschulweiten Aufbau einer systematischen Personalentwicklung und d.h. auch Dauerstellen für Daueraufgaben im Mittelbau, sind Forderungen, die die GEW schon seit langem stellt. Es werden aber noch viele hochschulpolitische Hürden zu nehmen sein, bis hier eine Veränderung erwartet werden kann.

Dr. Susanne Achterberg



REACT
800

DINA
TUTU
18

Gimplo .net

Die GEW Wuppertal gratuliert

Besondere Geburtstage von Juli bis Oktober 2019

Unser Jüngste

20 Jahre

Yannik Düringer

30 Jahre

Fatima Azroufi
 Lisa Breidenbach
 Cornelia Brüning
 Nazmije Djosa
 Serpil Gül Gerard
 Laura Hain
 Isabell Hüpper
 Laura Verena Schmidt
 Hannah Larissa Stojs
 Parthena Telidou

40 Jahre

Jens Gebhardt
 Henning Geisel
 Lars Hartlep
 Christiane Hollnagel
 Kirsten Hollnagel
 Birgit Jansen
 Evelyn Lauer
 Tobias Lindenbeck
 Anne Osenberg
 Daniela Schröder
 Bianca Wagner
 Björn Weidmann

50 Jahre

Dirk Gehrke
 Yvonne Laudon
 Ulrike Näckel
 Britta Roggenkamp
 Petra Schmitz
 Hella Schummertz

Alexandra Seidel
 Bettina Stappmanns
 Angela Sydow
 Astrid Visenjak

60 Jahre

Manuela Breuer
 George Nicholas Hurford
 Bettina Kubanek-Meis
 Angela Lorenz-Ridderbeck
 Gaby Schabel
 Karla Scharfenberg
 Klaus Spies
 Klaus Weikamp
 Cornelia Wunsch

70 Jahre

Ruth Bodenmiller
 Renate Küster
 Dorothea Röcher-Plenkers
 Edeltraud Zmudzinski

80 Jahre

Ulrike Claassen
 Hans-Rainer Eggert
 Brigitte Fischer-Pelke

Unsere Senior*innen:

85 Jahre

Ruth Neuhaus-Eschmann

87 Jahre

Theodor Alberts

91 Jahre

Gerhard Schmidt-Stein



Sachschaden im Dienst

Wer kommt auf für Beschädigung oder Verlust?

// Anna H. ärgert sich sehr. Ihre neue Ledertasche ist während des Unterrichts mit Filzstiften „verziert“ worden. Wer kommt nun für den Schaden auf? Muss sie den „Übeltäter“ ausfindig machen? //

Wie Anna pädagogisch mit dem Vorfall umgeht, steht auf einem anderen Blatt. Für den Ausgleich des Sachschadens ist jedenfalls ihr „Dienstherr“ zuständig. Auch wenn sie den Verursacher kennt, muss sie sich nicht mit ihm oder den Eltern auseinandersetzen. Sie muss nur zügig einen Antrag bei der Bezirksregierung stellen (Ausnahme: Angestellte an Grundschulen wenden sich an das Schulamt).

Wann gibt es Ersatz für Sachschäden?

„Sind in Ausübung des Dienstes Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die üblicherweise im Dienst mitgeführt werden, beschädigt oder zerstört worden oder abhandengekommen, so kann dafür Ersatz geleistet werden.“ So formuliert es das Landesbeamten-gesetz im § 82. Diese Regelung gilt laut Tarifvertrag TV-L § 3 (7) entsprechend auch für Angestellte (Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen).

Welche Unterlagen müssen mit eingereicht werden?

- Angabe von zwei Zeugen, wenn es die nicht gibt, zwei Bescheinigungen von Personen, die zuerst von dem Schaden Kenntnis bekommen haben
- wenn noch vorhanden, Belege über die Anschaffung des beschädigten Gegenstandes
- Foto bzw. Einsendung des beschädigten Gegenstandes

Dreimonatsfrist bitte beachten

Der Antrag muss innerhalb von drei Monaten gestellt werden. (Ausschlussfrist!).

Was wird erstattet?

Es können die tatsächlich entstandenen und notwendigen Reparaturkosten ersetzt werden. Ist eine Reparatur nicht möglich oder unwirtschaftlich, kann der Zeitwert erstattet werden. Dabei wird der Wert „vergleichbarer Gegenstände mittlerer Art und Güte“ angesetzt. Für die Neubeschaffung gelten Höchstsätze. Diese können bei der Hotline unter 0211-475 2276 erfragt werden. Antragsformulare auf der Internetseite der Bezirksregierung: www.brd.nrw.de

Lehrerrat: Rücktritt möglich

Änderung des Schulgesetzes bringt nun Klarheit

// Eine Änderung des Schulgesetzes klärt die Freiwilligkeit des Amtes als Lehrerrat und die Rolle der Ansprechpartnerin. //

Das damalige Schulministerium hatte im Rahmen der Definition der Rolle des „neuen“ Lehrerrates in seinen Publikationen darauf hingewiesen, dass das Amt im Lehrerrat nur dann zu den Dienstpflichten gehöre, wenn es freiwillig ausgeübt werde. So wurde auch jahrelang damit verfahren, wobei die Regelungen für die Neuwahl bzw. Nachwahl von Schule zu Schule unterschiedlich gestaltet wurden.

2016 widersprach das OVG NRW dieser Ansicht des MSW, wobei eine Lektüre des Urteils nahelegt, dass das Gericht weniger Probleme in einer Freiwilligkeit der Übernahme, sondern eher in dem kaum rechtlich regulierten Wahlverfahren für Nachwahlen und Neuwahlen sieht. Durch dieses Urteil befanden sich die amtierenden Lehrerräte mit einem Mal in einer unklaren Lage und manch einer wollte zu diesen Bedingungen nicht auf der Wahlliste stehen.

Nun wird das Problem durch das 15. Schulrechtsänderungsgesetz behoben, das demnächst in Kraft tritt. Der § 69 des Schulgesetzes soll diesen zusätzlichen Absatz 7 erhalten: „Legt ein Mitglied das Mandat nieder, endet die Mitgliedschaft. Wird durch Mandatsniederlegung die Mindestanzahl ... unterschritten und kann diese nicht durch den Eintritt eines Ersatzmitglieds ausgeglichen werden, wählt die Lehrerkonferenz unverzüglich einen neuen Lehrerrat für den verbleibenden Zeitraum der Wahlperiode (Nachwahl). Der Lehrerrat nimmt seine Aufgaben weiterhin wahr, bis der neu gewählte Lehrerrat zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten ist.“

In der Begründung des MSB für die Änderung wird zudem klargestellt, dass diese Regelung insbesondere auch für den Fall gilt, dass eine Kollegin des Lehrerrates das Amt der Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen übertragen bekommt. Dass es einen Rollenkonflikt zwischen beiden Ämtern geben kann, war bekannt. Nun hat das MSB durch die Kommentierung klargestellt, dass auch Ansprechpartnerinnen nicht gleichzeitig ein Amt im Lehrerrat ausüben dürfen.

Diese Auffassung findet auch im Landesgleichstellungsgesetz eine Entsprechung. Dort ist geregelt, dass die Gleichstellungsbeauftragte nicht dem Personalrat angehören kann. Uli Jacobs



Zusätzliche Schulbuchkosten

Bezieher*innen von Unterstützung haben Anspruch

// Das Bundessozialgericht hat in zwei aktuellen Urteilen entschieden, dass ein zusätzlicher Anspruch auf Übernahme von Schulbuchkosten besteht, wenn diese nicht nach landesrechtlichen Bestimmungen übernommen werden oder es dafür keine Befreiung gibt (BSG v. 08.05.2019 - B 14 AS 6/18 R und B 14 AS 13/18 R). Dieser Übernahmeanspruch besteht trotz der Änderungen beim Bildungs- und Teilhabepaket zum 1. August 2019. //

Im Schulbedarfspaket mit jetzt 150 € pro Jahr sind folgende Lernmittel enthalten: „Gegenstände zur persönlichen Ausstattung für die Schule (z.B. Schulranzen, Schulrucksack, Turnzeug, Turnbeutel, Blockflöte) und für Schreib-, Rechen- und Zeichenmaterialien (z.B. Füller einschließlich Tintenpatronen, Kugelschreiber, Bleistifte, Malstifte, Malkasten, Hefte, Blöcke, Papier, Lineale, Buchhüllen, Zirkel, Taschenrechner, Geodreieck).

Alle anderen Schulbedarfe, die nicht den genannten Kategorien entsprechen, können zusätzlich beantragt werden.

Im Wesentlichen beinhaltet das z.B.:

- Eigenanteile zu den Schulbuchkosten
- ergänzende Literatur und zusätzliche Bücher
- Kopierkosten, die von der Schule verlangt werden
- ...

Der Sozialhilfverein Tacheles e.V. empfiehlt den Betroffenen, Anträge zu stellen, schulische Notwendigkeitsbescheinigungen zu besorgen und beizulegen und natürlich Quittungen (bitte Kopie von den Unterlagen anfertigen). Tacheles weist ausdrücklich darauf hin, dass diese Urteile verbindliches Recht sind und von den Jobcentern angewendet werden müssen.

Wir bitten die Klassenlehrer*innen und die Sozialarbeitskräfte die betroffenen Familien auf die Antragsmöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Antragsformulare gibt es auf der Seite tacheles-sozialhilfe.de

Ausblicke auf Interessantes

Rund um das Versetzungsverfahren

Mittwoch | 20.11.2019 | 16.30 - 18.00 Uhr

GEWerkchaftsladen, Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal

Referent*innen: GEW Personalräte

Anmeldeschluss: 17.11.2019 | Kosten: keine

Wege in den Ruhestand für Beamt*innen

Donnerstag | 28.11.2019 | 16.30 - 18.00 Uhr

GEWerkchaftsladen, Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal

Referent: Jürgen Gottmann

Anmeldeschluss: 26.11.2019 | Kosten: keine

Das 1x1 nachhaltig lernen

Mittwoch | 04.12.2019 | 15.00 - 17.30 Uhr

GGs Regenbogen, Millrather Weg 67, 40699 Erkrath

Referent: Dr. Jens Bartnitzky

Anmeldeschluss: 28.11.2019 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Entspannungstechniken für Lehrkräfte

Donnerstag | 05.12.2019 | 15.30 - 18.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referent: Tino Orlishausen

Anmeldeschluss: 01.12.2019 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Sicher auftreten - gut ankommen

Donnerstag | 16.01.2020 | 13.30 - 16.00 Uhr

Alte Feuerwache, Gathe 6, 42107 Wuppertal

Referentin: Maja Heinig-Lange

Anmeldeschluss: 13.01.2020 | Kosten: GEW 0 € | Nicht-GEW 10 €

Unverhofft kommt oft. Mutterschutz und Elternzeit

Donnerstag | 23.01.2020 | 15.30 - 17.00 Uhr

GGs Regenbogen, Feldheider Straße 23, 40699 Erkrath

Referent*innen: GEW Personalräte

Anmeldeschluss: 20.01.2020 | Kosten: keine

Anmeldung immer an: gew.wuppertal@t-online.de



A 10M.



Wir stehen hinter euch

GEW Solingen unterstützt die Klimabewegung

// Am wohl denkwürdigsten Tag der Bewegung „Fridays for Future“ kann man auch in Solingen von einem großen Erfolg sprechen. 1,4 Millionen Menschen protestieren allein in Deutschland gegen fehlende Maßnahmen zum Klimaschutz. In Solingen versammelten sich am 20.9.2019 ca. 1500 Menschen in der Klingenstadt, um die Schüler*innen in ihrem Anliegen zu unterstützen. //

Explizit hatte die Bewegung für diese Demonstration nicht nur Schüler*innen aufgefordert zu streiken, sondern auch Erwachsene gebeten, sich mit ihnen zu solidarisieren. Dieser Aufforderung kam die Bildungsgewerkschaft gerne nach. Zahlreiche Mitglieder, denen es beruflich möglich war, beteiligten sich an der Solinger Demonstration.

Etliche Lehrer*innen Solinger Schulen waren mit ihren Lerngruppen anwesend. Der Großteil der Schulleiter*innen war großzügig mit Beurlaubungen der Schüler*innen für diesen Tag umgegangen. Dies begrüßt die GEW im besonderen Maße, befinden wir uns doch derzeit in einer Ausnahmesituation, die besonderes Engagement fordert.

Seit 1992 hat die UNO über 20 Weltklima-Konferenzen mit je zehntausenden Teilnehmer*innen abgehalten. Doch ausreichende Ergebnisse, um den Planeten für nachfolgende Generationen als lebenswerten Ort zu erhalten, sind dabei nicht erzielt worden.

Auch vor Ort in Solingen versäumen die verantwortlichen Politiker*innen eine entschlossenerere Weichenstellung für den Klimaschutz. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs steht immer noch hinten an, ebenso die Anlage von sicheren Radwegen. Der von den Schüler*innen bisher immer wieder geforderte Ausruf des Klimanotstandes für die Stadt Solingen wird von verschiedenen Parteien abgelehnt, in der Regel mit der Begründung, man müsse alle Bürger mitnehmen und Notstände würden Panik verbreiten. Drastische Bedingungen fordern drastische Maßnahmen, es müssen verbindliche Entscheidungen der Politik getroffen werden und dass diese nicht immer angenehm sind, liegt in der Natur der Sache.

Klar ist für uns: Wir stehen als Gewerkschaft hinter der Bewegung „Fridays for Future“ und werden ihr auch in Zukunft soweit wie möglich zur Seite stehen.

Nina Meier

Seniors for Future too!

Wir waren dabei

// Ja, wir waren dabei! Immerhin 15 GEW-Ruheständler aus Solingen waren unserem Email –Aufruf gefolgt und fühlten sich fit genug, im Demonstrationszug vom Walter-Scheel-Platz bis zum Hauptbahnhof mit zu laufen. //

Eine ganze Reihe weiterer Ruheständler fand unsere Aktion gut und hätte auch gerne teilgenommen, aber man war entweder gesundheitlich nicht in der Lage oder anderweitig im Unruhestand aktiv, sei es durch ehrenamtliche Tätigkeit oder durch Pilgern auf dem Jakobsweg ... Wir Demoteilnehmer*innen sind aber nicht nur einfach mit gelaufen, sondern waren unübersehbar aktiv und voll integriert mit unserer flott zusammengebastelten GEW-Fahne und unserer über lange Jahre trainierten Schulhofstimme!



Es war uns allen ein echtes Bedürfnis, an der Demo teil zu nehmen – waren es denn nicht viele Menschen gerade unserer Generation, die sich fast schon jahrelang über die ach so unpolitische, uninteressierte, vergnügungssüchtige und egoistische „Jugend von heute“ mokiert haben? Haben wir diese Jugendlichen und ihre jungen Eltern nicht mit erzogen, haben wir den Klimawandel nicht mit verbockt?

Daher sehen wir es als unsere Pflicht an, unsere Kinder und Jugendlichen in ihrem großartigen Engagement zu unterstützen, Solidarität offen zu zeigen und aktiv mit zu arbeiten. Um es mit Karl Jaspers zu sagen: Der Mensch steht heute vor der Alternative: Untergang des Menschen oder Wandlung des Menschen.

Birgit Seiffert

Die GEW Solingen gratuliert

Besondere Geburtstage von Juli bis Oktober 2019

Unsere Jüngste

24 Jahre

Sina Petrasch

30 Jahre

Mustafa Gazgi
Sascha Kühlein
Christina Schmidtman
Britta Stynen

40 Jahre

Miriam Jila

60 Jahre

Marion Hielscher
Angela Stork
Bärbel Weber-Kron

70 Jahre

Bernd Gronimus
Wolf-Güner Hauke
Monika Voigt
Hans-Joachim von Beschwitz

80 Jahre

Doris Schulz

Unsere Senior*innen

85 Jahre

Manfred Zäske

91 Jahre

Ursula Putsche
Eckart Schilbock



mlessia-8.com

Schulentwicklungsplan Solingen

GEW Solingen begrüßt die aktuellen Planungen

// Das lange Warten hat sich gelohnt. Es werden im Schulentwicklungsplan nicht nur perspektivisch Entwicklungen aufgezeigt, sondern auch sinnvolle und dauerhafte Lösungen vorgeschlagen. Bauliche Mängel und Probleme aller Solinger Schulformen und –stufen werden damit ernsthaft in Angriff genommen. //

Die Höhe der geplanten Ausgaben zeigt, wie lange Verwaltung und Rat der Stadt notwendige Investitionen unterlassen haben. Diese Dimension ist nur notwendig, weil in den letzten Jahrzehnten keine ausreichenden Beträge geflossen sind. Von daher sollten sich die Parteien von der Höhe der Investitionen nicht abschrecken lassen. Das ist kein Luxus. Auch nach diesen Investitionen werden eine ganze Reihe von Schulen - hauptsächlich Grundschulen - in Gebäuden aus der Kaiserzeit und früher (Altbau Grundschule Gerber Straße: 1830) untergebracht sein.

Beschäftigte in Planungen einbinden

Damit jeder Euro auch gut investiert ist, sollten die fachlichen Kompetenzen der Schulgemeinden genutzt werden. Private wie öffentliche Arbeitgeber haben sehr gute Erfahrungen gemacht, wenn sie bei Neubauten ihre Beschäftigten in die Planung mit einbezogen haben.

In den Solinger Schulneubauten gibt es eine Reihe von Beispielen, wie Geld verschwendet wurde, weil die Bedürfnisse vor Ort im Vorfeld nicht ausreichend geklärt wurden. Die GEW Solingen schlägt eine schulformübergreifende Arbeitsgruppe aus Schulleitungen, Lehrkräften und OGS-Mitarbeiter*innen vor, die frühzeitig in die Planungen einbezogen wird.

Mutige Entscheidungen für die Solinger Kinder sind gefragt

Es bleibt zu hoffen, dass keine Partei die anstehende Kommunalwahl zum Anlass nimmt, verschiedene Bereiche (z. B. Wirtschaftsförderung versus Schulinvestitionen) gegeneinander auszuspielen. Notwendig sind mutige Entscheidungen für ein angemessenes schulisches Umfeld unserer Kinder. Das bringt unsere Stadt voran.

Dirk Bortmann

Vorstand und Service

Leitungsteam:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
Sabine Riffi	sabine.riffi@gew-nrw.de
Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de

Kassierer:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Schriftführerin:

Andrea Schütt	andrea.schuett@gew-nrw.de
Julia Bemboom	j.bemboom@gmx.de

Referent für

Öffentlichkeitsarbeit:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Referentin für Bildung:

Nina Meier	nina.meier@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Referent für Rechtsfragen:

Ute Halein	ute.halein@gew-nrw.de
------------	-----------------------

Ausschuss der Ruheständler*innen:

Birgit Seiffert	birgit.seiffert@gew-nrw.de
Michael Seiffert	michael.seiffert@gew-nrw.de

DGB-Kontakt:

Eckehard Vogt	eckehard.vogt@gmx.de
---------------	----------------------

Ruhegehaltsberechnung:

Dirk Bortmann	dirk.bortmann@gew-nrw.de
---------------	--------------------------

Offene GEW-Sitzung:

Jeweils Mittwoch: 06.11. und 18.12.2019

um 17.15 Uhr | Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest - bitte beim Vorstand erfragen



Impressum:

GEW-Stadtverband Solingen
 c/o Paradedstr. 21, 42107 Wuppertal
 Tel. 0202 - 44 02 61
 solingen@gew-nrw.de

Solingen Letter Redaktion

Nina Meier
 nina.meier@gew-nrw.de



ROBOT

REPORTS

Versorgungsauskunft

Neues Verfahren als Pilotprojekt im Kreis Mettmann

// Ab dem 01.01.2021 besteht für Beamtinnen und Beamte ab dem 55. Lebensjahr ein gesetzlicher Anspruch auf eine Versorgungsauskunft. Dann hat das LBV nicht mehr das Recht Anträge unbearbeitet zu lassen. Doch ob das neue System der große Wurf ist, daran kann man Zweifel haben. //

Bislang konnte man den Antrag auf Versorgungsauskunft beim LBV herunterladen und sich durch Ankreuzen zwei mögliche Pensionierungstermine aussuchen, für die man eine Berechnung wünschte. Dieses Blatt ging dann auf dem Dienstweg weiter. Das LBV bekam dann Antrag und Personalakte und viele, viele Wochen später erhielt man die gewünschte Versorgungsauskunft. Der Arbeitsschwerpunkt lag also beim LBV.

Dieser Arbeitsschwerpunkt wird nun umgekehrt: Vor allem die Beschäftigten selbst, aber auch die Bezirksregierung haben die wesentlichen Arbeitsschritte zu leisten.

Dass man sich erst registrieren und eine Zertifizierung durchführen muss, ist noch das geringste Problem. Problematisch wird dann der Eintrag aller beruflichen Lebensdaten - Vordienstzeiten, Teilzeiten, Beurlaubungen, Kinderbetreuung, Rentenansprüche und manches mehr Relevante für den Pensionsanspruch. Plausibilitätsprüfungen sorgen dafür, dass der Antrag vermutlich immer wieder korrigiert werden muss, bis alles „schlüssig“ ist. Verzweifelte Gesichter am Computer sind vorprogrammiert.

Diese Selbstauskunft geht dann online zur Bezirksregierung, die anhand der Personalakte die Angaben überprüft und ggf. korrigiert.

Ohne zusätzliches Personal werden die ohnehin stark belasteten Schulabteilungen dies nicht in kurzer Zeit leisten können.

Das LBV verschickt dann die endgültige Berechnung an die Antragsteller*innen.

Dieses Verfahren wird in einem Pilotprojekt ab Oktober 2019 in mehreren Bereichen getestet, so auch im Kreis Mettmann.

Zweifel sind angebracht, ob dieses Verfahren überhaupt tauglich ist.

Herzlichen Glückwunsch Georg

Schon in der GEW, als es sie noch gar nicht gab

// Schon zu Beginn seiner Lehrertätigkeit engagierte er sich gewerkschaftlich im Vorläufer der GEW dem sogenannten ADLLV - Allgemeiner Deutscher Lehrerinnen- und Lehrerverband. //

Jedoch konnte er nicht einfach die Mitgliedschaft beantragen, sondern musste sich diese erst „verdienen“. Zunächst wurde von den zukünftigen Mitgliedern die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Versammlungen verlangt. Danach wurde mit weißen und braunen Bohnen abgestimmt, ob das mögliche Neumitglied aufgenommen werden durfte. Es musste eine ausreichende Anzahl weißer Bohnen vorliegen, um Mitglied zu werden. So wurde Georg Wild 1949 Neumitglied im Ortsverein Velbert.

Geboren am 28.01.1927 wurde Georg Wild schon als 16-jähriger zur Luftabwehr eingezogen und kam mit 17 Jahren zur Infanterie an den Niederrhein. Danach verbrachte er ein halbes Jahr in Kriegsgefangenschaft in Belgien. Direkt nach seiner Rückkehr konnte er an einem Velberter Gymnasium das Abitur machen.



Anschließend studierte er Lehramt an der Pädagogischen Akademie (später Pädagogische Hochschule) in Wuppertal. Das Studium dauerte nur vier Semester, da es wegen des Lehrermangels verkürzt wurde. Es gab auch kein Referendariat, nur nachmittags stattfindende Lehrerarbeitsgemeinschaften.

1948 war Georg Wild mit 21 Jahren Lehrer einer Klasse mit 58 Schüler*innen an der Volksschule „Werdener Straße“ in Velbert. Dort unterrichtete er sechs Jahre nach der Ganzheitsmethode und bestand seine zweite Lehrerprüfung mit Auszeichnung. Anschließend nahm er ein Sabbatjahr um nebenbei Psychologie an der Universität Bonn zu studieren. Auch die Universität Frankfurt besuchte er in dieser Zeit und machte eine Studienreise durch die Türkei.

Nach seiner Beurlaubung unterrichtete er an der einklassigen evangelischen Volksschule in Mettmann 16-24 Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren bis zur Auflösung dieser Schule.

Weitere neun Jahre verbrachte Georg Wild an einer Volksschule in Hochdahl (später Erkrath). Danach ging er als Schulleiter an die Gemeinschaftsgrundschule Millrath, an der er nach der Trennung 1968/69 in Grund- und Hauptschulen blieb. Bis zu seiner Zurruehsetzung, die er aus gesundheitlichen Gründen mit 60 Jahren erreichte, leitete er zwei Jahre lang die Gemeinschaftsgrundschule Sandheide in Erkrath.

In der GEW war er zuständig für die Junglehrer und die Organisation des Gewerkschaftstages. Später wurde er Vorsitzender des Ortsvereins Mettmann. Ende der fünfziger Jahre war er erstmalig Vorsitzender des neuen Personalrates für Volks- und Hilfsschulen in Mettmann. Durch seine zahlreichen Eingaben an den Bezirkspersonalrat war er dort schnell bekannt und übernahm direkt nach seiner Wahl in den BPR den Vorsitz. 10 Jahre lang war Georg Wild als Vorsitzender für die Belange von rund 16.000 Beschäftigten zuständig, bis er durch den Wahlerfolg des VBE in die zweite Reihe als stellvertretender Vorsitzender zurücktreten musste. Stets setzte er sich für die Interessen und Anfragen der Lehrer*innen ein, selbst in den Sommerferien arbeitete er durchgehend!

Die GEW Mettmann gratuliert Georg Wild herzlich zur 70-jährigen Mitgliedschaft und dankt ihm für seinen langjährigen und treuen Einsatz.

Herzliche Einladung zur Ehrung der Jubilar*innen

Donnerstag, 14. November 2019 - 17 Uhr

**Stellarium Erkrath
Sedenthaler Str. 105 (Westeingang, 1. Etage)
40699 Erkrath-Hochdahl**

Programm:

- * **Erlebnisreise „In der Tiefe des Kosmos“**
- * **Ehrung der Jubilar*innen**
- * **Gespräche und gemeinsames Essen**

Ende der Feier ca. 20 Uhr - Die Veranstaltungsräume sind barrierefrei. Um Anmeldung bis zum 31.10.2019 über das Wuppertaler GEW-Büro wird gebeten: gew.wuppertal@t-online.de | **0202 44 02 61**

20 Jahre

**Erhard Bärwolf
Sigrun Brings
Julia Fisinger
Ute Gölz
Maria Haase
Christoph Hanke
Tanya Heid
Ralf Heinen
Katharina Hipp
Annemarie Jaax
Martin Jakobs
Waltraud Kampermann
Silke Kuxdorf
Ina Lohoff
Jutta Misch-Schober
Silke Müller
Linda Roland
Andrea Volks**

25 Jahre

**Judith Bodenberger
Andrea Looft
Gertrud Mank
Jürgen Mank**

**Birgitta Mühlnickel
Jürgen Schulte
Harald Sprave
Renate Wilke**

30 Jahre

**Heike Bräutigam
Ursula Falkenstein
Christiane Kentemich
Heike Peter
Yvonne Pitzinna
Michael Schober
Andrea Schudwitz**

35 Jahre

Heidemarie Butz
Gunthild Gonschiorrek
Jutta Hübner
Raimund Meven
Gabriele Müller
Hildegard Stieglitz
Sabine Weyer
Sylvelin Zenk-Kurschinski

40 Jahre

Bernhard Andernach
Ingrid Buchholtz
Marie-Theres Freund
Elisabeth Galinke
Heinz Geißler
Lothar Grün
Beate Krey-Grubbe
Ute Lamers-Stascheit
Annima Lindemann
Maria Norrenbrock
Gudula Oster
Antje-Wibke Recksiek
Elisabeth Schellberg
Wolfgang Stahmer
Elisabeth Stoßdorf
Bärbel Trompeter
Klaus Wansleben
Manfred Weidenbruch
Regina Weidenbruch

45 Jahre

Heinke Griem
Wolfgang Kamps
Ingrid Kerkhoff
Wolfgang Müller
Herbert Romund
Birgit Runkel
Brigitte Schmidt-Bringsken
Wolfgang Werner
Christine Wiedemann

50 Jahre

Siegfried Dahlke
Gisela Mau
Burkhard Schumacher
Julia Schwegler
Ulrike Spalthoff-Homann

55 Jahre

Christel Otto

70 Jahre

Georg Wild

Die GEW Mettmann gratuliert

Besondere Geburtstage von Juli bis Oktober 2019

Unsere Jüngste

25 Jahre

Kristin Schneider

30 Jahre

Sylvia Alexandra Linke

Tanja Nast

40 Jahre

Anna Bak

Nina Berthold

Daniela Ludwig-Pößl

50 Jahre

Indira Isabella Goldberg-Banerjee

Susanne Leuders

Christina Lischke

Anette Schürhaus-Rose

60 Jahre

Katharina Fahr

Panagiotis Kalywis

Jürgen Kammel

Roland Loos

Doris Schilly

Sigrun Weißenberg

Frank Werner

Ralf Werner

70 Jahre

Heinz Bröer

Annegret Grotemeyer

Wolfgang Kamps

Bernd Puppel-Wessels

Birgit Runkel

Dr. Julia Schwegler

Ulrike Spalthoff-Homann

Herbert Steiner

80 Jahre

Dr. Ingrid Kerkhoff

Unser Senior

86 Jahre

Siegfried Dahlke



Leitungsteam

Hanne Steffin-Özlük

hanne.steffin@gesamtschulelevelbert.de

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Kassierer

Knut Koslowski

knut.koslowski@t-online.de

Für die Alt-Ortsverbände

Klaus Wansleben

früher OV Ratingen
gewwansleben@web.de

Birgit Dinnessen-Speh

früher OV HHME
birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Dorthe Mengel

früher OV Niederberg
dorthe.mengel@gew-nrw.de

Harald Sprave

früher OV Langenfeld/Monheim
haraldsprave@t-online.de

Ruhegehaltsfragen

Herbert Romund

Kontakt Ruhegehaltsfragen
herbert.romund@gew-nrw.de

Personalräte | Ansprechpartner*innen

Grundschule

Dorthe Mengel

dorthe.mengel@gew-nrw.de

Felix Josfeld

felix.josfeld@gew-nrw.de

Mechthild Hesterkamp

mechthild.hesterkamp@gew-nrw.de

Förderschule

Birgit Dinnessen-Speh

birgit.dinnessen-speh@gew-nrw.de

Susanne Boland

susanne.boland@gew-nrw.de

Uwe Schledorn

uwe.schledorn@gew-nrw.de

Hauptschule

Ali Seamari

ali.seamari@gew-nrw.de

Realschule

Rainer Rieger

rainer_rieger@yahoo.de

Gesamtschule

Markus Pörner

markus.poerner@gew-nrw.de

Gymnasium

Ulrich Jacobs

ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Berufskolleg

Frederik Trapp

frederik.trapp@gew-nrw.de



**Örtlicher Personalrat
Grundschule Wuppertal**

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de
Tel. 0202 563 7367

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@gew-nrw.de
Tel. 0202 7866473

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de
Tel. 0202 2531681

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de
Tel. 0202 7993123

Andrea Oppermann
andrea.oppermann@gew-nrw.de

Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de
Tel. 0202 620132

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de
Tel. 0202 573902

Nina Prins
nina.stein@gew-nrw.de

Personalrat Bergische VHS
Barbara Simoleit
barbara.simoleit@bergische-vhs.de
Tel. 0202 5632251

**Personalräte bei der
Bezirksregierung Düsseldorf**

Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de
Tel. 0202 557791

Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de
Tel. 0202 4598488

Realschule
Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de
Tel- 0202 708925

Gesamtschule
Tino Orlishausen
tino.orlishausen@gew-nrw.de
Tel. 0157 58078073

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de
Tel. 0177 9654362

Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de
Tel. 0202 9742873

Berufskolleg
Frederik Trapp
frederik.trapp@gew-nrw.de
Tel. 0172 762 0460

**Personalrat wiss. u. künstl.
Beschäftigte Berg. Universität**
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de
Tel. 02333 601044

Leitungsteam

Martina Haesen-Maluck
martina.haesen@gew-nrw.de

Tino Orlishausen
tino.orlishausen@gew-nrw.de

Richard Voß
richard.voss@gew-nrw.de

Kassierer

Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Team Rechtsschutz
Helga Krüger
helga.krueger@gew-nrw.de

Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Team Angestellte
Dr. Egbert Fröse
egbert-froese@web.de

Rainer Kriegel
rainer.kriegel@gew-nrw.de

Christine Schwedler
christine.schwedler@gew-nrw.de

Michael Saga
Michael.Saga@gmx.de

Team Senior*innen
Inge Hanten
inge.hanten@googlemail.com

Birgit Wernecke
Wernecke_Birgit@gmx.de

Vertrauensleute/Lehrerräte
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

junge GEW
Sebastian Danck
sebastian.danck@gew-nrw.de

Verbindung zum DGB
Dr. Dirk Krüger
krueger.wtal@t-online.de

Fachgruppe Grundschule
Hatun Cici
hatun.cici@gew-nrw.de

Anna Oëx
anna.oex@gew-nrw.de

Karen Weber
karen.weber@gew-nrw.de

Fachgruppe Förderschule
Conny Fahle
cornelia.fahle@gew-nrw.de

Fachgruppe Hauptschule
Thorsten Klein
thorsten.klein@gew-nrw.de

Fachgruppe Gesamtschule
Vanessa Scholl
vanessa.scholl@gew-nrw.de

Markus Pörner
markus.poerner@gew-nrw.de

Fachgruppe Realschule
Christian Neumann
christian.neumann@gew-nrw.de

Fachgruppe Berufskolleg
Johannes Ulke
johannes.ulke@gew-nrw.de

Fachgruppe Gymnasium
Ulrich Jacobs
ulrich.jacobs@gew-nrw.de

Fachgruppe Dozent*innen
Dr. Susanne Achterberg
prwiss@uni-wuppertal.de

